

Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat

Barbara Stiegler

Juni 2002

1. Gender Mainstreaming als Prinzip des Diskurses

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wird ebenso wie die Staatsmodernisierung im Sinne des Aktivierenden Staates verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Diese Diskussionen greifen wichtige Zukunftsfragen auf, nicht zuletzt jene um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft.

Gleichzeitig wächst die Aufmerksamkeit für ein neues Prinzip der Geschlechterpolitik: das Gender Mainstreaming.

Gender Mainstreaming besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.

Gender Mainstreaming als Prinzip des politischen Denkens und Handelns könnte, angewandt auf die Debatten um bürgerschaftliches Engagement und Aktivierenden Staat, bedeuten:

- An der Debatte beteiligen sich Männer und Frauen in gleichem Umfang, es gibt keine indirekte Diskriminierung eines Geschlechts bezüglich der Beteiligung. Damit ist nicht nur die geschlechtergerechte Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren, Arbeitskreisen im quantitativen Sinne gemeint, sondern auch die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen wie (Rede-)Zeit und finanziellen Mittel, etwa für Expertisen oder Forschungsprojekte.

- Die Arbeit wird durch geschlechterpolitische Zielsetzungen gesteuert. Die inhaltlichen Zielsetzungen werden von den jeweiligen Akteuren in einem demokratischen Verfahren bestimmt. Die Anwendung des Prinzips Gender Mainstreaming ist nicht automatisch mit einer bestimmten geschlechterpolitischen Zielsetzung verbunden, sie führt allerdings dazu, dass eine solche transparent gemacht wird.
- Die Geschlechterperspektive wird inhaltlich in Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen. Alle Aktivitäten, angefangen von der Sprache, werden unter der Geschlechterperspektive entwickelt, durchgeführt und evaluiert. Empfehlungen und Stellungnahmen legen die möglicherweise unterschiedliche Relevanz und Konsequenzen für Männer und Frauen offen. Wenn alle an der Debatte Beteiligten die Genderperspektive einnehmen, wird die herkömmliche Arbeitsteilung aufgehoben, nach der die Frauen für die Geschlechterfragen zuständig erklärt werden und die Männer sich den anderen „wichtigeren“ Themen widmen. Geschlechtsspezifische Sichtweisen sind vielmehr bei der Bearbeitung eines jeden Themas integriert, und es spielt dabei keine Rolle, welchen Geschlechts die Bearbeitenden sind. Alle Beteiligten sind in der Lage, die geschlechterpolitischen Zielsetzungen auf ihr spezielles Arbeitsgebiet anzuwenden. Sie sind insbesondere mit der Erstellung von Gender Analysen vertraut.

2. Vorgehen bei einer Gender Analyse

Die Gender Analyse ist das Kernelement im Gender Mainstreaming Prozess. Sie kann sich auf theoretische Diskurse oder auf empirische Fragestellungen beziehen. Sie kann in jedem Themenfeld durchgeführt werden. Zu ihr gehören folgende allgemeine Schritte:

1. Klärung des Gender Ansatzes
2. Sammlung geschlechtersensibler Befunde
3. Formulierung geschlechtersensibler Problemstellungen
4. Schlussfolgerungen ziehen

2.1 Klärung des Gender Ansatzes

Oft wird bedauert, dass – bislang – noch kein passendes deutsches Wort gefunden worden ist, das *Gender* ersetzen kann. Das ist auch gar nicht so einfach. Die englische Sprache kennt Unterscheidungen, die im Deutschen nicht in gleicher Weise erfasst werden: sie besitzt einen Begriff für die biologisch definierten Aspekte des Geschlechts in dem Wort „sex“ und einen Begriff für die sozialen und kulturell definierten Aspekte des Geschlechts in dem Wort „gender“. Eine genaue Übertragung des Begriffs gender ins Deutsche ist in einem einzigen Wort nicht möglich. **Gender bedeutet soziale und kulturelle Geschlechterrolle.**

Der Gebrauch des englischen Wortes Gender im Rahmen von Geschlechterpolitik ist durch die Verbreitung des Prinzips des Gender Mainstreaming auch im deutschen Sprachraum geläufig geworden. Die Beibehaltung des englischen Begriffs hat mehrere Vorteile: So wird z.B. die internationale Verständigung zwischen den geschlechterpolitisch Engagierten erleichtert. Wichtiger ist jedoch, dass mit dem Begriff „Gender“ gleichzeitig zwei Botschaften verknüpft sind, die das deutsche Wort in dieser Weise nicht vermittelt:

- **Gender verweist auf die sozial und kulturell gestalteten Dimensionen von Geschlecht. Damit ist eine Absage an die Vorstellung verbunden, die Geschlechter seien allein und hinreichend aufgrund natürlicher Merkmale bestimmbar. Gender bedeutet, dass heute gegebene Erscheinungsweisen von Geschlecht historisch, schichtspezifisch und kulturell variieren. Damit ist ihre Veränderbarkeit aufgezeigt. Diese Veränderbarkeit der Rollen, Positionen und Identitäten, die im Genderbegriff enthalten ist, öffnet die Optionen für politische Gestaltungsansätze.**
- **Gender umfasst die männliche *und* die weibliche Geschlechterrolle in ihrer Veränderbarkeit.** Dieser Aspekt ist zumindest für die Alltagstheorie von Geschlecht nicht selbstverständlich. Aus der Beobachtung, dass sich bislang vor allem Frauen für ihre Rechte und gegen ihre geschlechtsspezifische Diskriminierung eingesetzt haben und noch immer einsetzen, wird allzu leicht der Schluss gezogen, dass Geschlechterfragen nur Frauenfragen seien. Es scheint sogar oft so, als hätten Männer nicht wie die Frauen ein Geschlecht, sondern bildeten „das“ Geschlecht an und für sich. Frauen stellen somit eher eine Abweichung von dieser männlichen definierten Normalität dar. Selbst in der Sprache spiegelt sich das wider: männliche grammatische Formen schließen die Frauen immer gleich mit ein. **Im Genderbegriff wird deutlich, dass Geschlechtlichkeit für Männer im gleichen Maße wie für Frauen eine gesellschaftlich bedingte, historisch geformte Zuschreibung von Anforderungen, Rollen und Normen beinhaltet.**

Die Klärung des Genderbegriffs zeigt, dass mit seinem Gebrauch eine **Absage an biologistische Geschlechterkonzepte** verbunden ist. Solche Geschlechterkonzepte sehen Geschlecht als je individuelles, biologisch verankertes Merkmal. Sie gehen von der natürlichen Verankerung der Differenzen zwischen Mann und Frau aus, legitimieren die empirisch erkennbaren Geschlechterdifferenzen in den vorgegebenen Bestimmungen für die beiden Geschlechter und halten sie grundsätzlich für politisch nicht veränderbar.

Der Gebrauch des Genderbegriffs gründet sich demgegenüber auf der Erkenntnis, dass Geschlecht nicht eine biologische Eigenschaft eines Menschen ist, sondern ein soziales Institut, ein Konstrukt, mit dem die soziale Ordnung vereinfacht und hierarchisiert wird.

Geschlecht wird nicht als eindimensionales Konzept verstanden. In der geschlechtertheoretischen Diskussion der letzten Jahre wird nicht nur zwischen *sex* und *gender* differenziert. Eine dritte Dimension des Geschlechts, nämlich *sexuality*, wurde hinzugefügt. *Sexuality* bezeichnet die Dimension des Begehrens, der sexuellen Orientierung und der sexuellen

Identität. Mit der Einführung von *sex*, *sexuality* und *gender* als den drei gleichwertigen Bestimmungsdimensionen von Geschlecht wird schon deutlich, dass die einfache Rede von „Männern“ und „Frauen“ der komplexen Realität nur unzureichend gerecht werden kann. Die körperlichen Merkmale (*sex*) sind dabei nur ein Bestimmungsgrund unter mehreren.

In einer Gender Analyse geht es vor allem darum, zu erforschen, welche strukturellen Bedingungen dazu führen, dass die mögliche Vielfalt der Individuen durch die Einfalt des Geschlechterkonstrukts beschränkt wird. Über die Zuordnung nach dem „sex“ werden spezifische Lebensentwürfe, Berufe, Interessen und sozialer Status gemäß der geschlechtlichen Zuordnung produziert, die die Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Person einschränken und gleichzeitig zu hierarchisch bewerteten Positionszuweisungen führen.

Unter der Gender Perspektive wird nicht nur danach gefragt, was Individuen, die als Frauen oder Männer geschlechtlich zugeordnet sind, denken, sagen oder tun, sondern auch danach, in welcher Weise das duale und hierarchische Geschlechterkonstrukt in die Strukturen eingelassen ist, die das Leben der Individuen bestimmen.

Die Zeiten, in der auch in den rechtlichen Kodizes das Geschlecht (*sex*) als Ordnungs- und Unterdrückungsfaktor wirkte und in denen Frauen nicht dasselbe durften wie Männer (z.B. wählen oder die Universität besuchen), sind in den europäischen Ländern vorbei. Im rechtlichen Kodex sind solche direkten Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts allmählich abgebaut worden. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist Geschlecht dennoch ein gewaltiger Ordnungsfaktor geblieben, und auch ohne die rechtliche Legitimation wirkt die hierarchische Geschlechterordnung.

Über das Geschlecht werden Frauen der weniger hoch bewertete Teil von Arbeit, die Versorgungsarbeit im Privaten, weniger materielle Verfügungsgewalt, weniger gesellschaftlicher Einfluss zugewiesen, während über das Geschlecht Männern primär der besser bewertete Teil der Arbeit, die Erwerbsarbeit, mehr materielle Verfügungsgewalt und mehr gesellschaftlicher Einfluss zukommen.

Die Gender Perspektive eignet sich dazu, die Rahmenbedingungen für die geschlechtsspezifischen Differenzen und Hierarchisierungen zu erkennen und zu kritisieren. Eine Gender Analyse macht geschlechtshierarchische Strukturen sichtbar. Selbst dann, wenn einzelne Personen in ihrem Lebenszusammenhang gar nicht wahrnehmen, dass sie in geschlechtsspezifisch geprägten Strukturen leben und handeln, so bedeutet das eben nicht, dass es solche nicht gibt. **Die Tatsache, dass viele Männer und Frauen es für „natürlich“ halten, die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zu praktizieren, wird unter der Gender Perspektive als Indiz dafür gesehen, wie sehr gesellschaftliche und kulturelle Modelle das Selbstverständnis der Individuen prägen.**

Eine Gender Perspektive vermeidet es einerseits, die Diskriminierungen qua Geschlecht nur aus der persönlichen Betroffenheit von Frauen abzuleiten. Nicht alle Frauen leiden subjektiv unter der Geschlechterdifferenz oder lehnen die Geschlechterhierarchie ab. Sie vermeidet es andererseits, alle Männer als Täter für die Unterdrückung von Frauen verantwortlich zu machen. Vielmehr geht sie vom Ansatz her davon aus, dass Personen die Möglichkeit haben, sich mit den Zuschreibungen für ihr Geschlecht zu identifizieren oder sich zu distanzieren.

Wenn die strukturellen Bedingungen für diese hierarchischen Geschlechterverhältnisse, also das Zusammenspiel der Gender Normen für Männer und Frauen, anvisiert werden, so hat das auch politische Konsequenzen. Diese Konsequenzen beziehen sich nicht nur darauf, Frauen zu empfehlen, sich durchzusetzen und die ihnen gestellten Geschlechterbarrieren aus eigener Kraft zu überwinden. Sie bestehen auch nicht nur daraus, den Männern zu empfehlen, zugunsten der Frauen zu verzichten und die Privilegierungen aufgrund ihres Geschlechtes freiwillig aufzugeben. Vielmehr geht es um den Nachweis der strukturellen Verankerungen von beidem, der Diskriminierung und der Privilegierung. Die Gender Perspektive fokussiert den Blick auf die Bedingungen, die überhaupt erst dazu führen, dass sich die geschlechtshierarchischen Verhältnisse immer wieder herstellen. Diese Bedingungen gilt es dann zu verändern. Die Veränderungen können aber nur gelingen, wenn es zur geschlechterpolitischen Zielsetzung wird, die Vielfalt der Entwicklung von als Männern und Frauen kategorisierten Individuen überhaupt zuzulassen.

2.2 Sammlung geschlechtersensibler Befunde

Nach der Klärung des Genderbegriffs und der Gender Perspektive ist der nächste Schritt bei der Durchführung einer Gender Analyse die geschlechtsspezifische Datensammlung oder Datenerhebung. Wenn es sich um eine theoretische oder analytische Problemstellung handelt, sind die entsprechenden Diskurse aus der Frauen- und Geschlechterforschung heranzuziehen.

Handelt es sich um ein Problem, das empirisch bearbeitet worden ist oder bearbeitet werden kann, sind die entsprechenden Befunde zu sammeln oder zu erheben: Alle Daten, die nach dem „sex“, also nach der biologischen Geschlechterbezeichnung des Individuums, differenzieren, werden zusammengestellt. Die Differenzierung nach dem Kriterium „Mann“ oder „Frau“, also die einfache Differenzierung nach „sex“, ist jedoch in vielen Fällen für eine Gender Analyse nicht ausreichend. Um die Frage nach den Mechanismen der Wirkungen von Geschlecht beantworten zu können, bedarf es der Analysen nach zusätzlichen Merkmalen, in denen die Bestimmungen der Geschlechterrolle deutlicher zu erkennen sind:

So werden folgende Differenzierungen empirischer Daten zielgenauer:

- Mütter und Väter, nach familiärer Situation, Alter und Anzahl der Kinder (generativer Aspekt von Gender)
- Männer und Frauen nach dem Alter, also nach jungen, älteren und alten Frauen und jungen, älteren und alten Männern
- Frauen und Männer nach dem Umfang der Beteiligung an Erwerbsarbeit, also nach Vollzeit, Teilzeit oder prekär beschäftigten Frauen und Vollzeit, Teilzeit und prekär beschäftigten Männern,
- Frauen und Männer nach der eigenständigen Verfügung über finanzielle und materielle Mittel, also nach ökonomisch gut/weniger gut gesicherten Frauen, ökonomisch gut/weniger gut gesicherten Männern
- Frauen und Männer nach der umgebenden Infrastruktur, als nach Frauen auf dem Land und in der Stadt, Männer auf dem Land und in der Stadt.

Eine solche differenzierende Analyse beruht auf dem Wissen, dass die soziokulturellen Geschlechterrollen einen bedeutsamen Einfluss auf die Lebensbedingungen von Individuen haben. Je nach familiärer Position, Alter, Erwerbsbeteiligung, ökonomischem Status und Wohnumgebung sind die Wirkungen aber höchst unterschiedlich. Gender formt keine homogenen Geschlechtergruppen. Aussagen über „die Männer“ oder „die Frauen“ sind in der Regel viel zu pauschal und verwischen die spezifischen Ausprägungen der Unterschiede und Hierarchien. Eine Interpretation dieser Daten unterstellt jedoch nicht, dass die möglicherweise festgestellten Differenzen zwischen der männlichen und der weiblichen Geschlechtergruppe auch im „sex“ der Individuen begründet liegt. Vielmehr werden die festgestellten Differenzen als ein Ergebnis von Mechanismen betrachtet, die geschlechtsspezifische Positionen hervorbringen und Arbeit und Lebenschancen zuweisen.

Die Datensammlung befasst sich jedoch nicht nur mit der Frage, an welchen Stellen und mit welcher Häufigkeit Männer und Frauen vertreten sind. Sehr aufschlussreich ist in vielen Fällen auch die Frage nach der Verteilung materieller Ressourcen. Geschlechtsspezifische Budgetanalysen überprüfen, ob die Finanzmittel, die in einem bestimmten Bereich zur Verfügung stehen, beiden Geschlechtern in gleichem Umfang zugute kommen oder nicht und wie die Unterschiede zu begründen sind.

2.3 Formulierung geschlechtersensibler Problemstellungen

Eine Genderanalyse ist ein Instrument, mit dem sichtbar gemacht werden kann, wie die polaren und binären Geschlechtermodelle wirken und wie die Geschlechterhierarchie hergestellt, verankert und erneuert wird. Es wird dabei nach den geschlechtshierarchischen und differenten Strukturen gefahndet, sie werden problematisiert. Dabei stehen nicht die Frauen als benachteiligte Gruppe im Mittelpunkt. Betrachtet werden die Positionen beider

Geschlechter und analysiert wird die geschlechtsspezifische Wirkung von Normen, Regeln, Strukturen und Prozessverläufen.

In weiteren analytischen Schritten wird deshalb gefragt, wie die Mechanismen funktionieren, mit denen die in der Datenlage gefundenen geschlechtsspezifischen Differenzen und Hierarchien gebildet und aufrechterhalten werden.

Die Formulierung geschlechtersensibler Problemstellung setzt ein hohes Maß an Genderkompetenz voraus. Theoretische und empirische Arbeiten aus der Frauen- und Geschlechterforschung müssen zur Kenntnis genommen werden und auf den jeweiligen Problembereich bezogen werden. Nur wer das – in der Regel geschlechtsneutrale – Fachwissen um die Genderdimensionen ergänzen kann und die Bezüge zu der und aus der Frauen- und Geschlechterforschung kennt, wird in der Lage sein, solche Problemstellungen zu formulieren.

Nicht zuletzt ist die Partizipation von Frauen und Männern, die in bestimmten Bereichen geschlechtsspezifisch betroffen sind und dies auch artikulieren, herzustellen. Ohne den Einbezug dieser ExpertInnen werden die Problemformulierungen unzulänglich bleiben.

2.4 Schlussfolgerungen ziehen

Eine Genderanalyse endet mit der Formulierung von Konsequenzen. Dabei werden die Ergebnisse der empirischen Analyse mit der geschlechterpolitischen Zielsetzung abgeglichen. Sollte sich dabei herausstellen, dass es mehr oder weniger starke geschlechtsspezifische Positionierungen oder Hierarchisierungen gibt, die mit der geschlechterpolitischen Zielsetzung nicht übereinstimmen, werden Handlungsmöglichkeiten erörtert, die die geschlechterpolitischen Zielsetzungen zu erreichen versprechen. Die Betrachtung der beschriebenen Mechanismen der Herstellung von Geschlechterdifferenzen können dazu beitragen, alternative Steuerungsmöglichkeiten zu finden.

3. Bürgerschaftliches Engagement und Aktivierender Staat in der Genderperspektive

Der Genderansatz bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Behandlung geschlechtsspezifischer Fragen und Probleme. Es geht nicht mehr nur darum, die Benachteiligungen von Frauen aufzuzeigen, sondern die strukturellen Bedingungen und die Mechanismen jeder geschlechtsspezifischen Positionierung zu beleuchten.

Im Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement und Aktivierender Staat ist eine Gender Analyse in allen Facetten der Behandlung der Probleme angebracht. Im folgenden werden

exemplarisch einige Fragestellungen und vorläufige Antworten vorgestellt, die sich auf die vorliegenden empirischen Arbeiten beziehen. Die Gender Analyse der konzeptionellen und theoretischen Debatten über Bürgerschaftliches Engagement und Aktivierenden Staat kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden.

3.1 Sammlung geschlechtersensibler Befunde

Nicht erst im Jahr der Freiwilligen haben empirische Untersuchungen zu bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Volunteering eine Fülle von Informationen gebracht. Diese Befunde werden unter der Genderperspektive analysiert. Dabei können folgende Fragen an die vorliegenden Materialien und Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement gestellt werden:

1. Quantitativ:

In welchem Umfang engagieren sich Frauen, in welchem Umfang engagieren sich Männer? (nach Alter u.a. Merkmalen differenziert)

2. Qualitativ:

Was tun Frauen, was Männer konkret im bürgerschaftlichen Engagement?

Wo im bürgerschaftlichen Engagement fehlen Frauen, wo fehlen Männer?

Was bekommen Frauen, was bekommen Männer?

Was investieren Frauen, was investieren Männer?

Über welche Mittel verfügen Frauen, über welche Mittel verfügen Männer?

Wie und auf welchen Ebenen beteiligen sich Frauen, wie beteiligen sich Männer?

Wie passt bürgerschaftliches Engagement in das Arbeitsprofil (Verhältnis und Art bezahlter und unbezahlter Arbeit) und zu den bezahlten Arbeitszeiten von Frauen und Männern?

In welchen gender geprägten biographischen Situationen engagieren sich Frauen bürgerschaftlich, in welchen Männer?

Vorläufige Ergebnisse

Das Arbeitsfeld bürgerschaftlichen Engagements ist geschlechtsspezifisch strukturiert. Das bedeutet, dass über das Geschlecht Differenzen im Hinblick auf Beteiligungsraten, Beteiligungsfelder und Teilnehmungsprofile zu finden sind. Das Geschlecht (Gender), das männliche wie das weibliche, wirkt als Platzanweiser auch im Bereich des Bürgerengagements, der Freiwilligenarbeit und der politischen Partizipation. Wie der Erwerbsarbeitsmarkt, ist auch das Feld des Bürgerengagements geschlechtsspezifisch segregiert. Männer und Frauen engagieren sich in den für ihr Geschlecht spezifischen Bereichen. Nur wenige Engagementfelder sind nicht geschlechtsspezifisch besetzt.

Wie wirksam die indirekten geschlechtsspezifischen Zuweisungsprozesse sind und sich traditionelle Vorstellungen von den Zuständigkeiten der Geschlechter durchsetzen, zeigt sich besonders stark bei der Analyse der Bereiche, in denen überwiegend Frauen beziehungsweise Männer tätig sind: im Bereich Gesundheit, Schule und Kindergarten ist der weibliche Anteil überproportional hoch, bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Politik der männliche (Zierau 2000).

Während Frauen im Durchschnitt über weniger Geld disponieren können, besitzen sie aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung häufiger spezielle Fähigkeiten, insbesondere soziale Qualifikationen. Männer verfügen aufgrund ihrer stetigen Bindung an die Erwerbsarbeit eher über sogenannte Führungsqualifikationen. So leisten Frauen, wenn sie sich engagieren, weitaus häufiger persönliche Hilfe, Männer demgegenüber eher Verwaltungstätigkeiten.

Die eingesetzten Ressourcen von Männern und Frauen bringen geschlechtsspezifisch unterschiedliche Gewinne: Ansehen, Prestige und beruflicher Nutzen aus dem Bürgerengagement sind geschlechtsspezifisch zugunsten der Männer verteilt. Sie haben bessere Freistellungsrechte und höhere Aufwandsentschädigungen. Diese verschiedenen Ressourcen führen auch zur geschlechtsspezifischen Positionierung in Arbeitsfeldern für Bürgerengagement.

Bisherige Analysen belegen, dass vor allem Positionen, in denen Macht ausgeübt werden kann, in denen Entscheidungen beeinflusst werden können und die mit Prestige und Ansehen verbunden sind, überwiegend männlich besetzt sind. Das hat zur Folge, dass die Sichtweise von Frauen, die aus ihrer geschlechtsspezifischen Lebenswelt erwächst, keine oder nur wenig Definitionsmacht im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements besitzt. Unter der Perspektive der Geschlechterdemokratie ist dies eine eindeutige Defizit.

3.2 Formulierung geschlechtersensibler Problemstellungen

Die geschlechtshierarchische Segmentierung in diesem Feld ist ursächlich mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verknüpft. Diese Arbeitsteilung, die die bezahlte und unbezahlte Arbeit nach Geschlecht zuteilt und in einen hierarchischen Bewertungszusammenhang stellt, wirkt prägend für die Zuweisungsprozesse nach Geschlecht, auch im Bereich bürgerschaftlichen Engagements.

Gender wirkt als Vermittler von Ressourcen, die für Bürgerengagement von Bedeutung sind: Geld, Zeit und „soziales Kapital“ sind geschlechtsspezifisch unterschiedlich verteilt. Männer können sich oft überhaupt nur in dem Ausmaß ehrenamtlich engagieren, weil eine Frau ihnen die gesamte unbezahlte Arbeit für die eigene Person, die eigenen Kinder und die Anverwandten, insbesondere bei Krankheit oder im Alter, vollständig

abnimmt. Frauen steht diese Ressource in der Regel nicht zur Verfügung. Sie engagieren sich vor allem dann ehrenamtlich, wenn die Belastungen aus der unbezahlten Arbeit es zulassen. **Für Männer gilt: je mehr Erwerbsarbeitszeit (inklusive Überstunden) sie leisten, desto eher sind sie auch noch ehrenamtlich tätig, – für Frauen gilt genau der umgekehrte Trend: je weniger Erwerbsarbeitszeit sie leisten, desto eher sind sie ehrenamtlich tätig** (Klenner u.a. 2001).

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss demnach die Geschlechterdifferenz wahrnehmen. Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement und privater Versorgungsarbeit bedeutet für Männer und Frauen etwas verschiedenes: während Männer vorrangig flexible Arbeitszeiten benötigen, brauchen Frauen darüber hinaus eine Entlastung von der privaten Versorgungsarbeit, um sich mehr, häufiger und in bestimmten Bereichen engagieren zu können.

Partizipationsstrukturen bilden geschlechtsspezifisch wirkende Einschluss- und Ausschlussbedingungen. Die gegenwärtigen Strukturen in Verbänden, Wohlfahrtsorganisationen, Vereinen, aber auch Parteien und in politischen Institutionen bieten geschlechtsspezifische Anreize und Hemmnisse zum Engagement. Die Zugangswege zum Bürgerengagement sind für viele Frauen andere als für viele Männer. Die nach männlich konnotierten Werten und Sinnstrukturen funktionierende Arbeit in Vorständen, Gremien und Räten verschließt sich gegenüber vielen Frauen, die nach weiblich konnotierten Werten und Sinnstrukturen funktionierende konkrete soziale ehrenamtliche Arbeit schließt viele Männer aus. Die Verbesserung der Zugangschancen setzt voraus, dass die geschlechtsspezifischen Werte, Sinnstrukturen und Kulturen auf den Prüfstand gestellt werden.

Das Feld bürgerschaftlichen Engagements ist andererseits nicht so verhärtet, dass nicht auch traditionelle Gender Normen überschreitende Aktivitäten und Positionierungen von Frauen und Männern bereits möglich wären. Strukturen gerade des sogenannten neuen Ehrenamtes (zeitlich befristetes Projektengagement, Selbsthilfe) belegen, dass die Geschlechterdifferenz sehr viel geringer ausfällt. Diese Engagementformen können beispielhaft zeigen, wie geschlechtsspezifische Barrieren abgebaut werden können.

3.3 Schlussfolgerungen ziehen

Aus der hier nur kurz skizzierten Analyse des bürgerschaftlichen Engagements unter Gender Aspekten lassen sich einige Folgerungen für die Geschlechterpolitik des aktivierenden Staates ableiten.

- In die Zielorientierungen staatlichen Handelns werden die Genderaspekte einbezogen. Wenn etwa über die Notwendigkeit der Stärkung der demokratischen Partizipation gesprochen wird, bedeutet das auch, die Geschlechterdemokratie als Ziel mitzudenken (Sauer 2002). Die Idee, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsziel für viele

Politikbereiche zu verstehen, korrespondiert mit dem Gender Mainstreaming Prinzip: Wenn in vielen Politikfeldern geprüft werden soll, in welcher Weise sich politische Maßnahmen auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken, kann die Fragestellung genauer präzisiert werden und nach den Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement von Männern und Frauen gefragt werden.

- **Die geschlechtsspezifischen Partizipationsbarrieren sind abzubauen. Es ist dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer in den bürgergesellschaftlichen Organisationen in allen Positionen und auf allen Ebenen gleichmäßig beteiligt sein können.** Solche Organisationsreformen müssen die Institutionen und Organisationen als Träger von bürgerschaftlichem Engagement bei sich selbst durchsetzen. Der aktivierende Staat kann dazu allerdings in Form von (finanziellen) Anreizen beitragen. Die geschlechterdemokratische Besetzung von allen Positionen kann durchaus zu einem Förderkriterium bei der staatlichen Unterstützung von freien Trägern durch Steuergelder werden. Das kann allerdings nur gelingen, wenn auch die Voraussetzungen für die Frauen geschaffen sind. Das bedeutet, dass die Zuständigkeit der Frauen für unbezahlte Arbeit infrage gestellt wird. Ansonsten wird diese Zuständigkeit ein Zugangsproblem für Frauen und eine spezifische Privilegierung für Männer bleiben.
- Geschlechtsspezifische Partizipationsbarrieren verhindern aber nicht nur die Teilhabe von Frauen an den hierarchischen Positionen. Sie verhindern auch die Teilhabe von Männern und Frauen in je gegengeschlechtlich konnotierten und zugewiesenen Feldern bürgerschaftlichen Engagements. Diese Barrieren sind abzubauen. Es sind Möglichkeiten auch für Männer zu schaffen, damit sie wie die Frauen im sozialen Bereich engagiert arbeiten können. Dazu gehören die Kritik und die Veränderung der traditionellen Geschlechterrollen. Männer müssen so wie Frauen soziale Qualifikationen, auch aus der privaten Arbeit, entwickeln können und die sozialen Qualifikationen, auch in der Erwerbsarbeit, müssen aufgewertet werden.
- Aus feministischer Perspektive sind eine Vielzahl kritischer Analysen und Argumente zu der Debatte um die Bürgergesellschaft und die Zukunft der Arbeit vorgelegt worden. Ihnen gemeinsam ist die Kritik, dass in den meisten Diskussionen weder der Umfang der unbezahlt geleisteten Arbeit in den Haushalten noch die geschlechtsspezifische Zuweisung der unbezahlten Arbeit an die Frauen berücksichtigt werden. Eine gerechte Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern fehlt als Zielperspektive, denn ansonsten müssten die Konzepte für Männer mehr unbezahlte, für Frauen aber mehr bezahlte Arbeit vorsehen (vgl. Sing, Kistler 2000, Klenner u.a. 2001). **Die Förderung bezahlter Arbeit speziell für Frauen darf also bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements nicht zweitrangig werden. Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für Erwerbsarbeit, ehrenamtliche Arbeit vor allem im Sozialbereich keine Alternative für professionalisierte Arbeit.**

- Bürgerengagement setzt eine finanzielle Absicherung der Existenz voraus. Diese Existenzsicherung kann durch Unterhaltsanspruch oder eigenes Einkommen gegeben sein. Die Institutionalisierung der Geschlechterverhältnisse in der Ehe führt dazu, dass Frauen und Männer in unterschiedlichem Maße von den beiden Möglichkeiten Gebrauch machen können (Berghahn 2002). Weitaus häufiger sind es Frauen, die aufgrund eigener Nichterwerbstätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung vom Unterhalt ihres Ehegatten leben. Wenn nicht oder nur teilweise erwerbstätige Frauen ehrenamtlich soziale Arbeit leisten, werden vom Ernährerlohn viele gesellschaftlich notwendige karitative Arbeiten finanziert. Andererseits ist diese Absicherung vom Bestand der Ehe abhängig. Alle politischen Regelungen, die die Ernährerehe stützen, verfestigen diesen Zustand.
- Die institutionellen Weichenstellungen, welche Leistungen in professioneller Form und welche in ehrenamtlicher, unentgeltlicher Form erbracht werden, ist auch von den hierarchischen Geschlechterverhältnissen bestimmt. Die hauptamtlichen Kräfte befürchten vor allem in den weiblich konnotierten Berufsfeldern eine allmähliche „Unterwanderung“ der professionellen Arbeit durch Freiwillige: die Mitarbeit von Müttern in Kindergärten ist selbstverständlich, während eine ähnliche Subsidiarität in einem technischen Berufsfeld undenkbar erscheint. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Lückenbüßer werden, der schleichend Frauenarbeitsplätze ersetzt. Andererseits wünschen sich manche bürgerschaftlich Engagierte mehr Unterstützung und Anerkennung durch die professionellen Kräfte. Der aktivierende Staat kann als Moderator dafür sorgen, dass die Verbindungen und Ergänzungen zwischen professioneller Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement im Sinne von sach- und problemgerechten Lösungen funktionieren.
- **Weiterhin gilt es, geschlechtergerechte Strukturen des Bürgerengagements zu fördern, z. B. durch den Abbau von Hierarchien, das partnerschaftliche Miteinander aller Beteiligten, durch Projektarbeit und zeitlich befristete Einsätze. Solche Formen unterstützen die Beteiligung von Frauen und fördern die geschlechtergerechte Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements.** Die Anerkennungspraxis ist daraufhin zu überprüfen, ob die Kriterien für die öffentlichen Anerkennungen an der männlichen Normalbiographie ausgerichtet sind (dauerhaftes Engagement an einer Stelle). Steuererleichterungen kommen nur denjenigen direkt zugute, die auch Steuern zahlen. Für viele nichterwerbstätige Frauen bilden sie nur eine anonyme Größe im Haushaltseinkommen.
- Die neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements, wie Corporate Citizenship, sind unter Gender Aspekten zu überprüfen: Wenn im Mittelpunkt der Manager steht, der über diese Form des Engagements seine soziale Kompetenz verbessern soll, so ist zu fragen, ob oder warum dies nicht auf dieselbe Weise gelingen kann, wie die Managerin dieses tut: durch private Versorgungsarbeit. **Die Förderung privater Versorgungsarbeit durch Freistellungsregelungen führt sicherlich auch dazu, dass eine Form so-**

zialer Kompetenz erworben wird. Wenn bürgerschaftliches Engagement der Beschäftigten vom Unternehmen unterstützt werden soll, ist darauf zu achten, dass auch die Felder des Engagements, auf dem sich traditionellerweise Frauen bewegen, einbezogen werden.

- Nicht zuletzt ist der aktivierende Staat so zu gestalten, dass die Impulse aus dem Bürgerengagement von Männern und Frauen in ihrer politischen Funktion aufgenommen werden können. Bürgerengagement kann staatliche Aufgaben neu definieren und Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme aufzeigen. Die vielfältigen Projekte aus der Frauenbewegung waren von der freiwilligen unbezahlten Arbeit von Frauen getragen. Sie waren mit dem Anspruch verknüpft, gesellschaftlich tabuisierte und verdrängte Probleme öffentlich zu machen und sie entwickelten gleichzeitig auch politische Lösungsangebote für gesellschaftliche Problemlagen.

Literatur

- Backes, Gertrud, 1987: Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe, Augsburg
- Berghahn, Sabine, 2002: Die Ehe als Übergangsarbeitsmarkt, WZB Berlin
- Blanke, Karen, Ehling, Manfred, Schwarz, Norbert, 1996: Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung, Band 121, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart
- Gottschall, Karin, 2000: Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs, Opladen
- Feministische Studien 1993 Kritik der Kategorie Geschlecht, 11, Nr. 2
- Friedrich-Ebert-Stiftung, 2000: Dokumentation der Fachtagung: Wenn Menschen sich engagieren. Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, Bonn
- Gensicke, Thomas, 2001: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern; Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25–26, S. 24–32
- Helmbrecht, Michael, 2001: Volunteer organizing – Gestaltung des Politischen und Sozialen durch soziale Arbeit, in: Sozialmagazin 26, 4, S. 29–31
- Hoecker, Beate, 1998: Frauen, Männer und die Politik, Bonn
- Klenner, Christina, Pfahl, Svenja, Seifert, Hartmut 2001: Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Nörber, Martin, 2001: Kooperation und Konkurrenz. Oder? Zum Verhältnis von Freiwilligen, Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen in der sozialen Arbeit. Sozialmagazin, 4, S. 12–23
- Notz, Gisela, 1998: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? AG Spak Bücher, Neuulm
- Ökumenische Arbeitsgruppe/Brot für alle/Fastenopfer, 2001: Freier Blick auf Budgets, Basel, Luzern
- Plamper, Harald, 2000: Bürgerkommune: Was ist sie? Was soll sie sein? Was ist zu tun? Arbeitspapier 32, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

- Sauer, Birgit, 2002: Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen. In: Meyer, Thomas, Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn
- Sing, Dorit; Kistler Ernst, 2000: Neue Chancen für Frauen? edition der Hans-Böckler-Stiftung 32, Düsseldorf
- Stiegler, Barbara, 1998: Frauen in Mainstream. Politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage. Expertisen aus der Frauenforschung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Stiegler, Barbara, 2000: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming Expertisen aus der Frauenforschung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- von Rosenblatt, Bernhard, 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligen Survey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligen Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 1, Gesamtbericht Band 194.1 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart, Berlin, Köln
- WSI-Projektgruppe, 2000: Frauendatenreport, Berlin
- Zierau, Johanna, 2000: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In: Picot, Sybille: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligen survey 1999 – Bd. 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport S. 15–111

Zur Autorin

Dr. Barbara Stiegler, Dipl. Psych., Dipl. Päd. ist Referentin in der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik der Friedrich Ebert Stiftung, Bereich Frauen und Geschlechterforschung. In den letzten Jahren arbeitet sie überwiegend an der Umsetzung des Gender Mainstreaming Prinzips.

Kontakt: tel.: 0228 883270- E-Mail: barbara.stiegler@fes.de

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft ist ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ (www.fes.de/buergergesellschaft) will in diesem Diskurs ein Forum sein, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte. Er wird gefördert von der Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Medien mit ihrer je spezifischen Perspektive.

Der Arbeitskreis konkretisiert seine Ziele in Analysen und Gutachten, Fachgesprächen, Workshops und öffentlichen Veranstaltungen. Vor allem aber ist er ein Netzwerk, genauer, ein Vernetzungsangebot, mit dem der Arbeitskreis selbst „Gelegenheitsstrukturen“ schaffen will.

Dr. Michael Bürsch, MdB

Leiter des Arbeitskreises

Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Veröffentlichungen des Arbeitskreises

Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien. Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Plaß, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten

Die Planungszelle – Zur Praxis der Bürgerbeteiligung. Demokratie funkelt wieder. Peter C. Dienel, Bonn 2002, 20 Seiten

Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste. Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten

Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat. Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten